



Niederschrift

19. Plenarsitzung des Gemeinderates
22. Dezember 2025, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 6.1 der Tagesordnung: Stellenschaffungen 2026 Vorlage 2025/1057

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die in der Liste 1 enthaltenen Stellenschaffungen ohne zusätzliche Auswirkungen auf den Gesamthaushalt. Im Personalhaushalt wirken sich diese im Umfang von rund 530.000 Euro aus.
2. Der Gemeinderat nimmt die unterjährig eingerichteten Stellen der nachrichtlichen Liste im Umfang von rund 90.000 Euro zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Liste 1a/Stelle Verpackungssteuer: Mehrheitliche Zustimmung (36 Ja, 8 Nein)
Liste 1a, 1b, restliche Stellen: Einstimmige Zustimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 6.1 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Personalausschuss am 12. Dezember 2025 und die beanstandete Offenlage.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Die Offenlage ist ja ein Werkzeug, um weitgehend unstrittige Beschlüsse schnell und einfach ohne Debatte herbeizuführen. Und im Schatten der Haushaltsberatung Stellenschaffungen per Offenlage zu beschließen, da schaut meine Fraktion natürlich ganz genau hin. Deswegen hat Kollege Hock, der heute ja erkrankt ist, die Offenlage angehalten. Wir möchten konkretisieren, es geht nur um die Stelle zur Einführung der Verpackungssteuer. Die anderen Stellen sind so weit unstrittig. Das heißt, wir müssen auch gleich dann den Beschluss nur über diese eine Stelle herbeiführen.

Wie ist denn der Stand der Verpackungssteuer? Wir haben recherchiert, offensichtlich ist das Geld ja schon verplant. Ein finaler Beschluss des Gremiums und eine Satzung ist aber noch keine verabschiedet. Letzter Stand war eine Anfrage der Volt-Fraktion vom März 25. Da wurde uns zugesagt, dass noch Betroffene angehört werden sollen. Da würde uns mal interessieren, wo wir da überhaupt stehen. Schaffen wir eine neue überbordende Bürokratie für die Gastronomie, für Händler, für unsere Verwaltung? All das ist nicht ausdiskutiert.

Das werden wir heute auch nicht ausdiskutieren. Das Ansinnen nach einer neuen Stelle legt aber schon so eine gewisse Bürokratie nahe. Jetzt wollen wir die Verwaltung, Frau Erste Bürgermeisterin, ja nicht davon abhalten, kreative Ideen weiterzuentwickeln, um Geld ranzuschaffen. Das sage ich ja ausdrücklich. Es drängt sich aber schon so wieder ein bisschen das Bild vom Konzern aus meiner Haushaltsrede auf, denn wir denken, dass so Vorarbeiten der Verwaltung zum Erlass einer Satzung vielleicht schon auch mit den vorhandenen Ressourcen geleistet werden können. Ich war ja lang genug im Konzern, uns hat man das damals als vorübergehendes Job-Enrichment verkauft. Und ich denke, da sollte man vielleicht schon nochmal gucken, da müssen die Vorgesetzten nämlich priorisieren, also wir wollen nicht die Mitarbeiter überlasten, aber die Vorgesetzten priorisieren, was jetzt vielleicht mal zuerst gemacht wird. Und dann kriegen wir vielleicht auch ja schon zu Beginn des neuen Jahres das vor zehn Monaten versprochene Update zu den Gesprächen mit den Stakeholdern, und dann können wir auch guten Gewissens entscheiden, für die Verpackungssteuer oder eben auch dagegen. Bis dahin sehen wir die Genehmigung dieser Stelle als entbehrlich.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Auch wir als AfD-Fraktion hatten uns überlegt, die Stellenschaffung wegen diesem Punkt, Einführung der Verpackungssteuer, anzuhalten. Wir haben uns aber dann dagegen entschieden, weil ja die Entscheidung schon gefallen ist, dass sie eingeführt werden soll. Allerdings ist es ja so, dass ich im Hauptausschuss dann gefragt habe, wie hoch werden denn dann die Einnahmen sein. Und da hieß es, die werden etwa 2 Millionen pro Jahr betragen. Wenn man überlegt, dass wir jetzt eine Stelle schaffen für 100.000 Euro und dass die ja auch nicht ausreichen wird, das ist ja praktisch eine Stelle, die sich damit beschäftigt, da wird ja noch viel mehr Aufwand zusammenkommen für die Verfahren, die man braucht, für die Fragen der Bürger, für die Bearbeitung der Formulare, zu Erklären, wie das alles zu bearbeiten ist und so weiter, da wird der Aufwand viel größer sein, sodass wir ein Problem haben mit der Kosten-Nutzen-Rechnung an der Stelle. Wir glauben, dass das Verhältnis von der eingenommenen Steuer zum nötigen Aufwand nicht ausreichend gut ist, um diese Steuer einzuführen. Wir würden gerne an der Stelle auch der Stelle widersprechen, in der Hoffnung, dass dadurch die Steuer wenigstens aufgeschoben wird, vielleicht sogar am Ende gar nicht erhoben wird. Und deswegen werden wir genauso abstimmen wie die FDP und diese Stelle ablehnen, vielen Dank.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Dann ziehen wir diese eine Stelle jetzt vor und stimmen über die separat ab. Nämlich die eine Personalstelle auf der Liste 1a, Einführung der Verpackungssteuer. Und darüber bitte ich jetzt um Ihr Votum, ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Ich rufe dann auf den Rest der Vorlage. Das sind alle übrigen Stellen auf Liste 1a, Liste 1b und eine nachrichtliche Liste, und ich bitte Sie um Ihr Votum dafür ab jetzt. – Das ist einstimmig, vielen Dank.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin: